

am 12. März 1957 durch die Entscheidung
des Rates von Athen

Athen, den 2. Januar 1958

BEREITUNG

An S. E. Herrn Minister des
Auswärtigen der Bundesrepublik
in Bonn

B e r e i t u n g

Gelegenlich der Reise in Griechenland, im Mai 1956,
des Herrn Vizepräsidenten der Deutschen Bundesrepublik Dr. Neuss und
des damaligen Herrn Ministers des Auswärtigen, die Gabel-Verträge
Griechenland hatten ihnen ein Memorandum eingeholt; laut beiliegenden
der Durchsicht; wodurch festgestellt wird die Inanspruchnahme der grie-
chischen Gabel seitens der deutschen Regierung.

An 27. März 1957, gelegentlich der Ankunft in Athen, des
damaligen Herrn Vizepräsidenten der Deutschen Bundesrepublik Dr.
Hilber, hatten wir ihm einen neuen Antrag eingereicht, ferner die
schonmalige Erklärung der Bundesregierung der nach deutsch-
land geführten Gabel.

Beides wurden wir einstimmig unterrichtet, dass die
deutsche Regierung eine günstige Haltung zur Klärung dieser Frage
nehme; indem sie grundsätzlich die Verwirklichung eines gewissen Schin-
denetzes an die Gabel Deutschlands anerkennt hat. Seit Kurzem
wurden wir auch davon in Kenntnis gesetzt, dass die heutige deutsche
Regierung; zu betreffenden Schritten von nicht interessierten Staaten,
darunter auch Griechenland; Geantwortet hat, dass sie die Gabel Frage
in Studium hat und dass sie wird schnellstens darüber entscheiden.

Alle Gabel-Verträge Griechenland; nachdem sie den
FÄHRENDEN ERSTE-UND ZWEITEN Geantwortet haben; wenden sich
nun an Sie, Excellenz; mit der Bitte dass Sie die Klärung dieser
Frage beschleunigen; die Grundlage zu Schaden der deutsch-griechischen
F. W.

Freundschaft versögert. Es sind seit dem Ende des Krieges schon zwölf Jahre vergangen indem die deutsche Regierung die Frage immer noch in Studium hat, eine Frage die in gemeinsamen Verstand ganz einfach ist und stützt sich auf einer elementaren Rechtswiedergabe seitens der heutigen deutschen Regierung, die sich als tatsächlich berechtigt wie möglich zeigen will, die Übel und das Unheil die das hitleristische Régime gebracht haben.

Die Lösung der Frage würde beträchtlich erleichtert werden, wie wir glauben, wenn die deutsche Regierung akzeptieren würde, einen entsprechenden Gesamtbetrag an die griechische Regierung zu bezahlen, für die Rechnung der Geisel Deutschlands.

Excellenz!

Die schnellstmögliche Lösung der Frage würde einen Dorn von den deutsch-griechischen Beziehungen zurückziehen und zur Befestigung des völkischen Gefühles der nachkrieglichen deutsch-griechischen Freundschaft beitragen. Indem handelt es sich um einen Betrag, welcher nur eine kleine Last für die blühende deutsche Wirtschaft bedeutet, trotzdem würde dies Recht einer grossen Zahl von Personen wiedergeben und zur Auslöschung der Bitterkeit Volkscassen unseres Landes beitragen. Freundschaften zwischen Völker können nicht begründet werden, wenn es zwischen diesen eine Klust die von Bitterkeit, Schmerz und Unrecht eröffnet wurde, gibt, ohne dass sie von der Entschädigung berichtet wird.

In der Hoffnung, Excellenz, dass die neue deutsche Regierung schnellstens die Lösung geben wird, zur Auslöschung dieses Dorns, welcher die Beziehungen der west-europäischen Welt vergiftet, verbleiben wir,

Ihre sehr ergebenden,

DER VERWALTUNGSRAT
DIE MITGLIEDER

DER PRÄSIDENT

SP. ANTONATOS

ALEXANDROS GREYSSOCHOOS
Brig.-General in kriegl.
Disponibilität

N. MASTROGIANOPOULOS
EL. EVSTATIADES
DEM. DIAMANTIDES